

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

3. Juli 1968 - 53 / 11  
Einzelpreis DM 0.75

=====

IN DIESER AUSGABE: WURDE DIE REVOLUTION IN FRANKREICH VERRATEN? (S. 5)  
RUDOLF AUGSTEIN: DIE DDR BEDINGUNGSLOS ANERKENNEN (Seite 7)

=====

#### NOTSTANDSGESETZGEBUNG: WESTBERLINER PLÄNE SIND FERTIG

Detaillierte Einzelheiten über die Planung der - für Westberlin nicht zuständigen - Notstandsgesetzgebung: Westberlin plant die Einrichtung von 38 Hilfslazaretten, deren Ausrüstung bereits angeschafft ist. Der Bundesgrenzschutz organisierte in Kiel und Kassel Lehrgänge für den "Schutz gegen ABC-Waffen", an denen einige hundert Polizeiangehörige aus Westberlin teilgenommen haben. Auch das "Technische Hilfswerk" hält seine mehr als 3000 Westberliner Mitglieder durch regelmäßige Lehrgänge, die teils in Westberlin, teils in Bad Godesberg stattfinden, auf einem dem "Notstandsfall angemessenen Ausbildungsstand". Mitglieder der rechtsgerichteten Vereinigungen Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise (ADK), Kyffhäuser-Bund sowie der Gesellschaft für Wehrkunde nehmen regelmäßig an "Luftschutzlehrgängen" in der niedersächsischen Landesluftschutzschule in Voldagsen bei Hannover teil.

#### MONNER STUDIE: WAS SOLL AUS WESTBERLIN WERDEN ?

Eine vom zuständigen Kabinettsausschuß der Bundesregierung einem "Koordinierungsausschuß" zwischen Bonn und Westberliner Senat in Auftrag gegebene Studie über die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in Westberlin ist am 5. Juni fertiggestellt worden. Das wird jetzt aus Bonn bekannt. Nach dem Studium der Studie wurde uns erklärt, sie zeige "verheerende Resultate". Die Studie kommt zu ähnlichen Schlüssen, wie sie die Außerparlamentarische Opposition seit einem Jahr vorträgt: In den 70er Jahren wird die Bevölkerung Westberlins unter zwei Millionen gesunken sein, wenn nicht einschneidende politische Veränderungen eintreten. Dem Osten könne die Situation der Stadt nicht verborgen bleiben, heißt es in der Studie. Es bestehe die Gefahr, daß die Alliierten zu der Überzeugung kämen, das Problem Westberlin löse sich von selbst. EXTRA-Dienst wird Auszüge aus der Studie in einer seiner nächsten Ausgaben bringen.

#### BUNDES-FDP: DOCH WAHLKAMPF MIT WERBEAGENTUR

Die FDP wird sich für den kommenden Bundestagswahlkampf in jedem Fall der Mitarbeit einer Werbeagentur bedienen. Nachdem sich die Hamburger Agentur UPS durch eine Indiskretion über das FDP-Geschäft an den "Spiegel" selbst aus dem Rennen geworfen hatte, wird mit einer Entscheidung des Parteivorstandes für eine andere Firma spätestens im August gerechnet. Die FDP hatte etwa ein Dutzend Agenturen beauftragt, ein erstes Konzept vorzulegen. Der "rechte" Parteiflügel um den ehemaligen Vorsitzenden Mende versuchte, an dieser Frage ein Eklat im "linken" Parteivorstand herbeizuführen. Der

Plan mißlang, da der Vertrag mit UPS noch gar nicht abgeschlossen war. Eine Darstellung der "Stuttgarter Nachrichten", die den Ablauf der entscheidenden Sitzung dramatisch schildert, entspricht dem Vernehmen nach nicht den Tatsachen, sondern gibt lediglich den Aktionsplan Mendes wieder, den dieser in einem vertraulichen Gespräch mit SN-Redakteur Strobel vorher ausgeplaudert hatte.

#### FU-ASTA UND SDS: SPENDENAUFBRUF FÜR FRANZÖSISCHE ARBEITER

Eine "Aktion Solidarität" zur finanziellen Unterstützung der Arbeiter und Studenten in Frankreich, deren materielle Lage durch den Dauerstreik teilweise katastrophal ist, hat der AStA der Freien Universität gemeinsam mit dem SDS gestartet. In einem Aufruf heißt es: "Der DGB-Führung ist die internationale Solidarität der Arbeiter offensichtlich nur eine Feiertagsphrase und ein Almosen wert." Und: "Die europäischen Gewerkschaften sind verbürokratisiert und verstrickt in die Ausbeutungsmechanismen ihrer Länder, so daß die Solidarität der lohnabhängigen Massen von diesen selbst ausgehen muß." Das Konto für diese Aktion: Sonderkonto Aktion Solidarität, Peter Bracht, Berliner Disconto-Bank, Kto.Nr. 506/5040.

Innensenator Neubauer hat die von der Westberliner Polizei bereits erteilte Genehmigung für eine Straßensammlung des AStA der FU zugunsten der französischen Arbeiter und Studenten zurückgezogen. Die Genehmigung war für ganz Westberlin mit Ausnahme des Quartier Napoleon, des französischen Kasernen- und Wohngebiets, erteilt worden.

#### BERLIN-FLÜGE: DAUER-BEHINDERUNG FÜR REISENDE

Bei den Fluggesellschaften der in Westberlin stationierten Alliierten - Pan American Airways, British European Airways und Air France - kommt es in diesen Wochen verstärkt zu Behinderungen für Reisende von und nach Westberlin, die oft mit Wartezeiten zwischen fünf und vierundzwanzig Stunden verbunden sind. Fast alle Maschinen sind übergebucht, so daß trotz fester Platzreservierungen der Reisende keineswegs sicher sein darf, auch mit der von ihm gebuchten Maschine fliegen zu können. Vor den Schaltern der Westberlin anfliegenden Gesellschaften in München stauten sich beispielsweise an diesem Wochenende empörte Urlauber, die auf spätere Flüge vertröstet werden mußten. Westberliner, die von ihren Urlaubsorten aus telefonisch den Rückflug gebucht hatten, standen nicht einmal mehr auf den Listen, auch nicht auf der Warteliste. Reisende, deren Buchung schriftlich fixiert war, haben Anspruch auf Erstattung der durch die Verzögerung entstehenden Unkosten. Zahlreiche aus dem Urlaub zurückkehrende Westberliner - insbesondere bei der BEA gebuchte Fluggäste - mußten am Sonntag den ganzen Tag lang warten und schließlich in München übernachten. Durch kurzfristige Änderungen im Flugplan bei der Air France, die den Urlaubern nicht bekannt waren (so fliegt die reguläre 18-Uhr-Maschine der Air France von München nach Berlin jetzt um 20 Uhr 30), wurden die Reisenden zusätzlich überrascht. Viele Fluggäste waren der Ansicht, daß die neuen DDR-Bestimmungen auf den Zufahrtswegen sich im Gegensatz zu den Dauer-Behinderungen der Monopol-Gesellschaften im Berlin-Flugverkehr wesentlich weniger zeit- und kostenraubend auswirken.

#### BEGEGNUNG IM RC: DIETER KLEIN UND COHN-BENDIT

Zu einer für beide Seiten "interessanten Begegnung", so die Diskutanten, kam es im Republikanischen Club in Westberlin: Zu einem Streitgespräch trafen sich der Direktor des Instituts für Politische Ökonomie an der Ostberliner Humboldt-Universität, Prof. Dr. Dieter Klein, und der französische Studentenfürer Daniel Cohn-Bendit. Klein und Cohn-Bendit diskutierten vor zahlreichen Zuhörern ihre gegenteiligen Standpunkte in der Beurteilung der Pariser Mai-Ergebnisse sachlich aus. Prof. Klein hatte vorher über Voraussetzungen einer antikapitalistischen Opposition in der Bundesrepublik und in Westberlin aus der Sicht eines ostdeutschen Kommunisten referiert.

#### INNERDEUTSCHER HANDEL: KEIN DRUCKMITTEL MEHR

Die Hintergründe für die Zurückhaltung der Bonner Bundesregierung, den innerdeutschen Handel (Interzonenhandel) als Antwort auf die Einführung der Paß- und Sichtvermerkspflicht im Verkehr zwischen den beiden deutschen Staaten und Westberlin zu beschneiden,

legen Informationen aus westdeutschen Industriekreisen offen. Danach haben die Bemühungen verschiedener EWG- und EFTA-Staaten, im Rahmen des Ost-West-Handels auch den Warenverkehr mit der DDR zu intensivieren, wachsenden Erfolg. In den Verhandlungen mit den DDR-Behörden herrscht dabei meist Übereinstimmung zwischen den jeweiligen Partnern über eine de-facto-Orientierung auf alle Vorzüge, die auch anderen Ostblockstaaten gewährt werden. So vereinbarten beispielsweise Paris und Ostberlin, Einfuhrbeschränkungen für DDR-Erzeugnisse künftig aufzuheben. Damit erfuhren DDR-Erzeugnisse die gleiche Liberalisierung wie die anderer Ostblockstaaten seit 1966. Französische Importeure erklären dazu, die im April veröffentlichten einschränkenden Bestimmungen hätten "formelle Natur", sie seien mit Rücksicht auf Bonn formuliert worden, aber ohne praktischen Wert. Diese Auffassung deckt sich mit der skandinavischen Geschäftskreise hinsichtlich der in Stockholm beschlossenen "Freilisten". Der faktische Wert der gegenüber der DDR erklärten Ausnahmeregelung ist gering; sie gibt aber der DDR Gelegenheit, der Bundesregierung diskriminierende Handelspolitik vorzuwerfen.

#### PERSONALIEN

CABOT-LODGE, ehemaliger US-Botschafter in Saigon, jetzt in Bonn, ist nach Informationen aus der Bundeshauptstadt mit dem Ziel nach Bonn geschickt worden, der Bundesregierung eine Aufwertung der DM einzureden. Die USA bedürfen dieser Aufwertung ebenso wie andere angeschlagene kapitalistische Staaten, um ihre wachsenden Defizite zu decken. Die bisherige westdeutsche Unterstützung für den Dollar wird in Washington als unzureichend empfunden.

SVEN BACKLUND, ehemaliger schwedischer Generalkonsul in Westberlin, hat nach sicheren Informationen Willy Brandt die Einladung des Ostberliner UdSSR-Botschafters Abrassimov zum Gespräch am 18. Juni überbracht. Der Bundeskanzler und die westlichen Alliierten waren vorher darüber unterrichtet worden, daß Brandt als SPD-Vorsitzender und nicht als Außenminister in die DDR fährt.

JEAN-MARIE STRAUB, Regisseur des Westberliner Filmfestspielbeitrages "Chronik der Anna Magdalena Bach", begründete seine Weigerung, einer Einladung nach Westberlin Folge zu leisten, u. a. damit: "Weil ich Polizeihunde und Kripas (auch in Zivil) nicht mag und auch nicht die um solche Filmfestivals wimmelnden Huren (meistens, leider! Publizisten), Parasiten und Zuhälter einer Industrie, die immer weniger (auch nur kapitalistische) Imagination und immer mehr Zynismus demonstriert".

#### MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MITTWOCH, 3. Juli, 20 Uhr, findet in den Räumen des RC ein Diskussionsabend zum Thema "Antifaschisten contra Verfolgtenverbände?" statt. Veranstalter ist der "Antifaschistische Arbeitskreis", dessen vorbereitender Ausschuß in diesen Tagen gegründet wurde.

DONNERSTAG, 4. Juli, 20 Uhr, spricht im RC der Münchner Schriftsteller Ulrich Sonnemann über "Institutionalismus und studentische Opposition".

FREITAG, 5. Juli, 20 Uhr: "Prill macht die Uni rein", eine Diskussion über die hochschulpolitische Strategie an den Westberliner Universitäten mit Studentenvertretern.

#### POLIZEI-WURFGESCHOSSE: BESCHWERDE BEIM JUSTIZSENATOR

Die Westberliner Humanistische Union hat vom Justizsenator Hoppe eine dienstaufsichtliche Überprüfung der Gerichtsbeschlüsse gefordert, aufgrund deren kürzlich die Ermittlungen gegen leitende Polizeibeamte eingestellt wurden, die am 2. Juni 1967 Rauchkörper in die Demonstranten geworfen hatten. Obgleich u. a. durch die Aussage eines Polizeibeamten aus Nürnberg der Sachverhalt eindeutig bewiesen und Polizeidirektor Wirth sowie Polizeihauptkommissar Müller als Werfer identifiziert waren, hatte das Gericht eine Klageerhebung abgelehnt, da der Nachweis einer Körperverletzung oder einer beabsichtigten Nötigung der Demonstranten nicht erbracht worden sei. Der Generalstaatsanwalt: "Im übrigen wäre ihr Verhalten nicht verwerflich (...), falls sie - was

nicht zu widerlegen ist - so gehandelt haben, um zu erreichen, daß das weitere verbotswidrige Werfen von Rauchkörpern unterblieb." Die Humanistische Union beanstandet, daß nicht auch die Möglichkeit der Verfolgung als grober Unfug berücksichtigt wurde. Ferner wird gefragt, warum es nicht zu einer Vernehmung des beschuldigten Polizeidirektors Wirth durch die Staatsanwaltschaft gekommen sei. "Der Sachbearbeiter wäre aufgrund seiner Einlassung möglicherweise doch noch zu einer Anklageerhebung wegen Körperverletzung im Amt oder wegen Nötigung gekommen."

#### USA-UNABHÄNGIGKEITSTAG: CAMPAIGN-BLATT ZUR PARADE

Zur amerikanischen Truppenparade aus Anlaß des amerikanischen Unabhängigkeitstages - sie findet auf der Clayallee am 4. Juli ab 15 Uhr statt - hat die US-Campaign eine vierseitige, englischsprachige Zeitung unter dem Titel "Where it's at?" (ungefähr: "Was wirklich los ist") herausgebracht. Das Blatt beschäftigt sich mit den Pariser Vietnam-Friedensgesprächen, mit den Hintergründen der Attentate auf Martin Luther King und Robert Kennedy und mit der Frage "Desertation und Widerstand". Die Zeitung enthält auch "Reisetips" für GIs, die nicht nach Vietnam, sondern anderswohin wollen. - Die US-Campaign teilt mit, daß Besucher der US-Parade die Zeitung im Republikanischen Club am Donnerstag zwischen 11 und 14 Uhr abholen können.

#### FRANKREICH: STUDENTEN NACH PERSIEN ABGESCHOBEN

Die Ausweisungspraxis der französischen Regierung nach den Mai-Ereignissen, gegen die sich sogar das Bonner Außenministerium gewandt hat, scheint besonders tragische Folgen für zwei iranische Studenten zu haben: Kurosch Bidar und Dara Sardari, Studenten in Paris, wurden von den französischen Behörden nicht allein über die französische Grenze abgeschoben, sondern, einer Mitteilung der Konföderation Iranischer Studenten zufolge, direkt an die Regierung des Iran ausgeliefert. Über Verbleib und Schicksal der beiden Studenten wurde in Persien eine Nachrichtensperre verhängt.

#### ISRAEL: PEINLICHE FRAGEN AN SCHÜTZ

Die Affäre des antisemitischen Professors Eckardt, die Anlaß zur neuen Eskalation an der Freien Universität in Westberlin war - Studenten hatten das Japanologische Seminar Eckardts besetzt und wurden nach einigen Wochen durch die Polizei vertrieben - schlägt Wellen bis nach Israel. Die erste Frage, die Westberlins Bürgermeister Klaus Schütz bei seiner jüngsten Israel-Reise noch auf dem Flugplatz beantworten mußte, galt der Affäre Eckardt. Die Tel Aviver Abendzeitung "Ma'ariv" berichtet: "Schütz sagte, Eckardt habe die Kontrolle über seine Worte verloren, er wisse in seiner Arbeit wenig Bescheid. Die Berliner Studenten seien mit seinen Vorlesungen nicht zufrieden und die Universitätsbehörden wollten Eckardts Tätigkeit unterbinden. Nach den antisemitischen Äußerungen brach ein Sturm der Entrüstung los und Eckardt wurde vor ein Disziplinargericht zitiert. Die Universitätsbehörden, denen Schütz als Bürgermeister Kuratoriumsvorsitzender ist, versuchten den Professor zu entlassen, aber der Professor ging vor ein Gericht und verhinderte seine Entlassung - so meinte Schütz. Eckardt bekam nur eine Geld- und Disziplinarstrafe." In Westberliner und westdeutschen Zeitungen wurde dieses Schütz-Interview nicht wiedergegeben.

#### GRIECHENLAND: STUDENTEN VOR DEM KRIEGSGERICHT

Vor einem außerordentlichen und geheim tagenden Kriegsgericht in Athen wurden Anfang Juni 12 Studenten, darunter ein Mädchen, angeklagt, die illegale Organisation "Rigas Fereos" gegründet zu haben (Rigas ist ein griechischer Freiheitskämpfer, der 1821 ermordet wurde). Eine Widerstandsgruppe berichtet von Folterungen, die ihr von innerhalb des Systems tätigen Freunden zugetragen wurden: der 22jährige Student Klavdianos wurde in Dionysos von einer Gruppe Soldaten, die unter Befehl des Geheimdienstmajors Vasilis Joannidis standen, mit Hilfe eines Spezialisten, der den Namen "Paul" trägt, mit Schlägen auf die Fußsohlen bestraft, an ein Brett mit Handschellen gefesselt, ferner wurden auf seinen Händen Zigaretten ausgedrückt. An den Foltern beteiligt waren die Polizisten Karathanasis, Kalyvas, Stefos, Gravaritis und Marinos. Dem Studenten Votsakis wurden in der Kaserne von Dionysos die Haare ausgerissen. Vom Polizisten Christakis wurde

der ehemalige Sekretär der Vereinigung kretischer Studenten, Yiannadakis, gefoltert. Der 23jährige N. Stamatakis wurde in Iraklion auf Kreta vom dortigen Polizeichef Koletis und seinem Gehilfen Pehynakis mißhandelt, ebenso der Ingenieurstudent Sarakis. Der Physiklehrer Kiaos, verhaftet am 27. April, wurde in der Kaserne von Dionysos wie folgt gefoltert: Er wurde an den Händen, die vorher auf dem Rücken gefesselt worden waren, hochgezogen. In dieser Stellung wurde er wiederholt geschlagen. Er bekam Elektroschocks ins Genick und auf die Stirn. Mit einer Pistole wurde gegen seine Schläfen geschlagen. Auf seinen Händen wurden Zigaretten ausgedrückt. Er wurde in einem Erdloch eingekerkert, das nur einen Meter breit und etwa 1,5 m tief war. Man zwang ihn, nackt an angetretenen Soldaten vorbeizumarschieren. Fünf Tage lang bekam er nichts zu essen. An den Mißhandlungen aktiv beteiligt waren Captain Joannis Spyropoulos und der Offizier Joannis Manousakikis. Die Folterungen der Geheimpolizei finden in einem Raum auf der Terrasse des Geheimdienstgebäudes statt. Der Häftling erhält Stoff in den Mund geschoben, damit man die Schreie nicht hört. In Dionysos wird in der Kaserne des 505. Marinebataillons gefoltert. Dort ist häufig ein Arzt bei den Exzessen anwesend. - Über die Urteile gegen die Studenten ist nichts bekannt.

#### EXTRA-DOKUMENTATION

#### WURDE DIE "FRANZÖSISCHE REVOLUTION" VERRATEN?

Innerhalb der europäischen Linken wurden die französischen Mai-Ereignisse mit Vehemenz diskutiert. Gab es in Frankreich eine revolutionäre Situation? Wurde die Revolution verraten? Gehört die KPF zum Establishment? Trugen die Aktionen der Studenten in der zweiten Phase der Auseinandersetzung dazu bei, erreichbare Erfolge zu gefährden? Die EXTRA-Dienst GmbH brachte zu diesem Thema einen Sonderdruck "Pariser Mai" heraus, in dem KPF und CGT der Vorwurf gemacht wurde, die Situation entweder nicht erkannt oder sie bewußt nicht ausgenutzt zu haben. In der Hamburger Zeitschrift "Neue Politik" argumentierte Jacques Otto Grezer ähnlich. Es antwortete jetzt Gerd Moest, dessen Diskussionsbeitrag wir nachstehend im Faksimile nachdrucken. Hinzuzufügen ist, daß dieser Beitrag vor der Wahlniederlage der Linken in Frankreich geschrieben und veröffentlicht wurde.

Den Beitrag von Jacques Otto Grézer in NP Nr. 22 „Die letzte Chance des Generals“ habe ich mit Interesse gelesen. Ich bin in einem Punkte mit dem Autor einig: Daß das Weiterbestehen der gaullistischen Macht in den sozialistischen Hauptstädten bisher nicht ungern gesehen wurde. Das ist zugleich, aber aus innerfranzösischen Gründen, die zentrale Ursache für die zurückhaltende Position der KPF, die – wie die Außenpolitiker der sozialistischen Staaten – den Prozeß der Umorientierung der französischen Außen- und Wehrpolitik im europäischen und globalen Friedensinteresse kontinuierlich zu Ende geführt sehen möchten. Mit anderen Worten: Die die Verwandlung dieser aus richtig verstandenen französischen Interessenschwerpunkten entstandenen Politik, für die eben der General bisher und wohl auch weiterhin in seiner Person die wichtigste Erfolgsvoraussetzung ist, in einen veritablen Neutralismus vollendet sehen möchten. Vertrat man gegenüber Marxisten diese Ansicht, wirkte sie zu meist zuerst schockierend, müssen doch der soziale Fortschritt und die Herbeiführung revolutionärer Situationen im Zeichen des proletarischen Internatio-

nalismus naturnotwendig die spontane moralische Unterstützung aller Marxisten finden. Hier lag aber eine Situation vor, in der sich zwei große und historisch gleichwertige Entscheidungsrichtungen überlappten, und so geriet das Problem aus dem Bereich der revolutionären Taktik in den der Strategie.

Nicht mehr einverstanden bin ich mit der Schlußfolgerung des Autors, wonach die französischen Kommunisten „den studentischen Aufbruch verrieten“. Der bekannte österreichische Neutralist Dr. Wilfried Daim bezeichnete dieser Tage den Vorgang so, daß sich die französischen Kommunisten wie brave Trade-Unionisten benommen hätten und nicht wie revolutionäre Gesellschaftsveränderer. Beide Darstellungen übersehen wesentliche Voraussetzungen. D'z eine habe ich schon genannt: Das gaullistische Regime begann den Abmarsch aus dem atlantischen Bündnis und wandte sich vorsichtig neutralistischen Positionen zu. Dieser Prozeß könnte durch eine

Machtübergabe an die Linke vielleicht beschleunigt werden, muß es aber nicht. Der Konjunktiv bleibt im Raume: Der de Gaulle in der Hand ist besser als der Mitterand auf dem Dach.

Die KPF hat in dem Bündnis in der Linksföderation Verpflichtungen übernommen, die ihr Handeln weitgehend an gemeinsame Beschlüsse binden. Nun ist diese Linksföderation keineswegs homogen, sondern ausgesprochen heterogen. In ihrer jetzigen Form halte ich sie für das Durchhalten umfassender revolutionärer Prozesse nicht stabil genug. Das weiß vermutlich auch die Führung der KPF. Wie brüchig die Basis „studentischen Aufbruchs“ ist, bei allem begeisternden Elan, braucht kaum bewiesen zu werden. Selbst wenn man unterstellt, daß die studentischen Anstöße richtige Folgerungen enthalten, fehlt ihnen die Massenbasis. Und auf die Beurteilung solcher Umstände verstehen sich die Kommunisten als revolutionäre Strategen. Beim Klassenbewußtsein darf das „I“ im Wort nicht fehlen. Mit „Klassenbewußtsein“ allein kann man keine Klassenschlachten erfolgreich schlagen. Berücksichtigt man schließlich, daß in der Linksföderation sogar

noch NATO-freundliche Kräfte enthalten sind, ergibt sich die Schwäche an Kampfkraft dieses „Blocks“ recht augenscheinlich. Im Kampf gegen de Gaulle ist der Zusammenhalt vorhanden, er wird aber auf die Zerreißprobe gestellt im Augenblick der Machtübernahme. Hier steht so viel auf dem Spiel: Ob mit dem Mittel des bürgerlichen Parlamentarismus der Übergang in die neue Gesellschaft bewältigt werden kann oder mit dem Mittel der Diktatur des Proletariats. Die Vorstufe einer fortschrittlich-demokratischen Staatsform ist zwar noch zu durchschreiten, und zwar würde sie wohl viele Jahre dauern, aber hier fragt sich, ob die Kampftschlossenheit der gesamten Wählerschaft der Linksföderation so groß und ob die Zielvorstellung dieser Wählerschaft so entwickelt ist, daß sie der Föderation auf diesem Wege weiter folgen.

Denn, mag das Bündnis der Linken auch Erfolge gehabt haben, wichtig ist jetzt, ob es als Bündnisrahmen für das ganze Volk stabil genug ist. Denn die gaullistischen Wähler müssen in die Bündnispolitik mit einbezogen werden, wenn der Aufbau der neuen Gesellschaft zügig und komplikationsfrei vor sich gehen soll. Ich glaube, man tut den kommunistischen Verantwortlichen in Frankreich Unrecht, wenn man ihnen Verrat vorwirft. Revolutionen (die heutzutage in Europa unblutig verlaufen bzw. den Umschlag in eine neue Phase der gesellschaftlichen Entwicklung kennzeichnen) vollziehen sich nach marxistischer Ansicht, grob verallgemeinert, ungefähr so: Im Schoße der alten Gesellschaft reifen die Bedingungen für die Revolution heran: Die quantitative Stärke der die Umwälzung wollenden Kräfte, die Bewußtseinslage, die Positionen in Staat und Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft. Die Entwicklung der Produktivkräfte fördert den Prozeß der evolutionären Anreicherung mit embryonalen Elementen der neuen Gesellschaft innerhalb der alten. Ist die Anreicherung so groß, daß die Revolution notwendig wird, ist die Revolution notwendig, bilden die bisherigen „embryonalen“ Voraussetzungen die ersten Grundlagen der neuen, revolutionär entstandenen Ordnung. Der Sprung von der alten Ordnung in die neue ist ein Sprung von einer niedrigeren Qualität in eine höhere. Die Anreicherung der alten Gesellschaft mit embryonal-revolutionären Elementen ist die quantitative Anhäufung neuer Qualitätsmerkmale. Der Übergang vollzieht sich im „dialektischen Sprung“ (wobei die Zeitdauer relativ ist). Nach dem Übergang wird die quantitative Anreicherung mit höheren Qualitäten objektiv wirksam und sichtbar, der Schritt in die neue Phase ist vollzogen (Hier liegt mit eine der Ursachen, weshalb der „studentische Aufbruch“ eine von vielen notwendige,

gen, aber nicht die entscheidende Auslösendursache ist!).

Verfolgen wir das dialektische Prinzip am Objekt selbst: De Gaulle schuf, in reaktionärer Zielsetzung, zur Festigung seiner politischen Gewalt die Verfassung der V. Republik. Übernimmt die Linke die Regierung, wird sie das zur Festigung der reaktionären Gewalt geschaffene, bisher reaktionäre Verfassungsinstrument für ihre Zwecke nutzen, wird sie keinesfalls wieder die Verfassung der IV. Republik in Kraft setzen. Jetzt ist dieselbe Verfassung, die eine starke Machtkonzentration zugunsten des reaktionären Präsidenten enthält, in revolutionärer Richtung nutzbar. Der Linkspräsident kann sie als Mittel des Klassenzwangs gegen die Reaktion einsetzen. Aber er benötigt jetzt eines: Er braucht eine starke Kraft hinter sich, mit weitgehend einheitlichem Wollen, sozialistischem Bewußtsein und hoher revolutionärer Disziplin.

Die Linke hat die Macht im Griffbereich. Wenn sie nicht zugreift, dann wohl deshalb, weil die wissenschaftliche Analyse ausweist, daß nicht alle Faktoren, die notwendig sind, um den Sprung in die höhere gesellschaftliche Qualität zu vollziehen, vorhanden, nicht alle Gesellschaftsbereiche hinreichend revolutionär angereichert sind, die Kampfkraft und innere Geschlossenheit der Linksföderation nicht stark genug sind. Es gibt kein „allmähliches Hineinwachsen“ in eine neue Gesellschaft, um den Sprung kommt die Linke nicht herum. Um zu springen, darf sie nicht von Fußfesseln behindert sein, nicht hinken. So ist das Zögern, unter unzureichenden Voraussetzungen den Sprung zu wagen, bestimmt kein „Verrat“. Der Aufbau einer neuen Gesellschaft bringt nicht nur Annehmlichkeiten, er fordert Disziplin und auch Opfer. Mit einer Truppe unterschiedlicher Qualität in ein Gefecht zu gehen (es sei ausnahmsweise einmal ein militärischer Vergleich erlaubt), kann leidlich gut ausgehen. Mit einer solchen Truppe in die Entscheidungsschlacht zu gehen, ist ein Verbrechen, ist im konkreten Falle wirklich und nun aber im wahren und nicht im spielerischen Wortsinne **V e r r a t**. Verrat nicht an einem „studentischen Aufbruch“, sondern an der sozialen Revolution.

Wenn die KPF in der jetzigen Lage zögert, wird sie ihre Gründe haben. Sie wird es vorziehen, die Gunst der Stunde zu weitgehender Verbesserung der Ausgangspositionen zu nutzen, damit in den kommenden Jahren die bürgerliche Gesellschaft (bis zur Stunde dem Trommelfeuer reaktionärer Manipulierung nahezu vollständig ausgesetzt) schneller und wirksamer mit revolutionären Qualitäten angereichert, von sozialistischen Fermenten durchdrungen werden kann, damit

das Bündnis in der Linksföderation seinen Charakter verändert von einer taktischen Wahlkoalition zu einer strategischen Koalition zur Durchführung der sozialen Revolution.

Es gibt Situationen, wo es revolutionärer ist, die Massen von übereilem Handeln abzuhalten, statt sie in eine Situation zu bringen, wo sie scheitern müssen, wo der revolutionäre Elan vorzeitig verglühen muß. Das ist bei der heutigen Ausgangsposition zu befürchten. Und eine der Taktiken der Reaktion ist es ja auch, historisch fällige Bewegungen vorzeitig auszulösen, wozu sich vorzugsweise Studenten als Stimulatoren gern ohne ihr Wissen darum mißbrauchen lassen.

Die soziale Revolution macht um Frankreich keinen Bogen. Der Sozialismus denkt und handelt in säkularen Maßstäben, wie die römische Kirche. Jetzt die Situation zugunsten der revolutionären Entscheidung umfassend vorzubereiten und den reaktionären General einstweilen noch die außenpolitische Szene zugunsten dieser Revolution, mit seiner Autorität, seinen Vorstellungen und Mitteln, klären zu lassen, das ist revolutionäre Meisterschaft, das ist revolutionäre Verantwortung, das ist meisterhafte Anwendung der dialektischen Methode im Klassenkampf. Erst das Bündnis schmieden, die Gesellschaft vorbereiten, dann erst stürmen und siegen. Sich nicht von enthusiasten, in Hunderte von Grüppchen zersplitterte Studentenströmungen vorzeitig in einen Kampf treiben lassen, in dem die Siegesvoraussicht noch ungünstig ist. Das werden die französischen Studenten, wenn sie einmal Physiker, Anwälte, Beamte, Ingenieure, Geburtshelfer oder wissenschaftliche Lehrer sind, der besonnen handelnden Führung der französischen Arbeiterklasse einmal danken. Nein, nicht die Intelligenzeln werden die Zukunft ausschließlich bestimmen, sondern das Bündnis der Intelligenz mit dem arbeitenden Volk. Eine (schnell zur Borniertheit neigende) intellektuelle Elite ohne Massenbasis wäre die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit, also dasselbe wie im Kapitalismus. Daß die Führung der französischen KP und auch anderer linker Kräfte solche „Elite“-Theorien nicht akzeptieren, wird kaum jemand wundern.

Dieses Wort hielt ich für notwendig, um die KPF vor dem Vorwurf zu schützen, irgend jemand zu „verraten“, oder, wie es westdeutsche Studenten der KPD vorwerfen, „reaktionär“ zu sein. Die französischen Dutschkes werden es noch lernen, daß Pseudo-Jakobinerie und wissenschaftliche Anwendung der Strategie und Taktik des revolutionären Kampfes Begriffe von solcher moralischer Entfernung sind wie die mittelalterliche Alchimie und die moderne Kernphysik.

ZUR KASSE GEBETEN

JETZT HAT ES AUCH C. L. GUGGOMOS erwischt: Nachdem, wie berichtet, EXTRA-Dienst-Redakteur Martin Buchholz zu 500 DM Geldstrafe verurteilt wurde, weil er vor Eröffnung der Hauptverhandlung aus Gerichtsakten berichtete, erhielt jetzt auch EXTRA-Dienst-Herausgeber Carl L. Guggomos 500 DM Geldstrafe. Für das gleiche, nach dem Pressegesetz strafbare, Delikt. Buchholz hatte in einer Veröffentlichung auf falsche Polizistenaussagen gegen Teufel hingewiesen (Teufel wurde dann auch freigesprochen), Guggomos hatte merkwürdige Passagen aus einer Anklageschrift gegen "Semler und andere" zitiert. Semler wurde inzwischen ebenfalls freigesprochen. Übrigens: Der betreffende Paragraph aus dem Pressegesetz dient dem Schutz eines Angeklagten. Buchholz wie Guggomos traten beide Male für Angeklagte ein, die ihrer Ansicht - und wie sich später herausstellte auch der Ansicht des Gerichts - nach zu Unrecht angeklagt wurden.

GELDSTRAFEN MÜSSEN NACH DEM GESETZ Verurteilte selbst bezahlen. Gerichtskosten können allerdings vom Arbeitgeber übernommen werden, wenn die Verurteilung auf ein "dienstliches Delikt" zurückgeht. EXTRA-Dienst übernimmt also die Gerichtskosten für Buchholz und Guggomos. EXTRA-Dienst und seine Redakteure müssen aber derzeit noch eine Menge anderer Verfahren hinter sich bringen, die - mit oder ohne Verurteilung - zuerst einmal Gerichtskostenvorschüsse und dergleichen verursachen. So sieht es derzeit aus: Das Haus Springer klagt gegen EXTRA-Dienst und Guggomos wegen einer Neuss-Satire. Das erste Urteil: Verurteilung. Berufung ist eingelegt. Runde tausend Mark Gerichtskosten liegen aber an. Ein Springer-Zeichner klagte wegen Verletzung seines Urheberrechts. Erstes Urteil: Verurteilung. Kosten rund tausend Mark. Berufung ist eingelegt. Neubauer klagt gegen Guggomos privat und strafrechtlich. Noch keine Entscheidung.

EXTRA-DOKUMENTATION

AUGSTEIN: BEDINGUNGSLOSE ANERKENNUNG DER DDR

EXTRA-Dienst berichtete bereits über eine Diskussion am 17. Juni 1968 im ZDF zwischen den Professoren Ehmke (SPD) und Dahrendorf (FDP), dem CDU-Bundestagsabgeordneten Kohl, den Publizisten Sommer, Schwarze, Gross und Augstein. Die Leitung hatte der Vorsitzende des Kuratoriums "Unteilbares Deutschland", Schütz, Es ging um Thesen zur Deutschlandpolitik, die der Westberliner ZDF-Leiter Schwarze formuliert hatte. Schwarze ist insbesondere durch seine fair gemachte DDR-Sonntagsreihe "drüben" bekannt. Nachstehend wird zunächst der vollständige Thesen-Text Schwarzes dokumentiert, sodann wesentliche Teile aus der einstündigen Diskussion:

THESEN ZUR SITUATION IN DER DEUTSCHLANDPOLITIK

Am 17. Juni 53, also heute vor 15 Jahren, hat nicht die Mehrheit unserer Landsleute drüben - hat also nicht Landbevölkerung, kaum Mittelstand und kaum Kleinstädter - hat jedoch eine qualifizierte Minderheit, vor allem die Arbeiterschaft in den Städten demonstrativ gezeigt, daß sie nicht in einem separaten Teilstaat mit fremder Gesellschaftsordnung und niedrigerem Lebensstandard leben wollten. Zugleich haben die drei Westmächte demonstriert, daß sie den der Sowjetunion bei Kriegsende zugebilligten Einflußbereich in Europa selbst im Falle eines Aufstandes in diesem Bereich respektieren.

Zwischen dem 17. Juni 53 und dem 13. August 61 haben die Deutschen in der Bundesrepublik bewiesen, daß die Teilung ihres Landes den Frieden in Europa nicht gefährdet. Die ausschließlich auf West-Integration konzentrierte Politik Bonns, die den Landsleuten im Osten praktisch den Rücken zukehrte, wurde von den Wählern mit dem Stimmzettel gebilligt. Und zugleich wurden in der Bundesrepublik aus traditionellem Antibolschewismus oder aus neuer Kommunistenfurcht geistige Abwehrmauern gebaut, die es Ulbricht zumindest erleichterten, seine wirkliche Mauer zu bauen.

Mit dem Mauerbau haben Ulbricht und Moskau am 13. August 61 zugegeben, daß ihnen der Aufbau eines funktionierenden sozialistischen deutschen Teilstaates nicht möglich war,

solange den dort lebenden Bürgern durch Abwanderung eine Entscheidungsmöglichkeit blieb. Zugleich ist mit dem Mauerbau von den Sowjets sowohl die Grenze und der Sonderstatus Westberlins respektiert als auch die deutsche Zweistaatlichkeit ratifiziert worden. Damit ist die DDR spätestens seit dem 13. August keine Zone mehr. Denn seitdem ist aller Welt klar, wenn auch noch nicht allen deutschen Politikern, daß die ehemalige Zone für die Weltmacht Sowjetunion kein Handelsobjekt darstellt, ganz gleich welchen Preis man zahlen will. Hoffnungen auf Angliederung an die Bundesrepublik - etwa durch freie Wahlen - sind seitdem unreal. Seitdem es für unsere Landsleute keinen Ausweg mehr gibt, wurde für die Denkenden unter ihnen aus der bisherigen Notgemeinschaft und dem daraus resultierenden Zusammengehörigkeitsgefühl ein Selbstbewußtsein, das heute bereits als DDR-Staatsbewußtsein bezeichnet werden muß. Es basiert erstens auf den wirtschaftlichen Erfolgen und entsprechend wachsendem Lebensstandard, zweitens auf dem Generationswechsel - rund 60 % der Menschen drüben sind jünger als 40 Jahre alt, sie kennen also bewußt nichts anderes - und es basiert drittens darauf, daß direkte Willkür und direkter Terror drüben nahezu verschwunden sind. Das ist darauf zurückzuführen, daß die beabsichtigte Veränderung des Gesellschaftssystems praktisch vollzogen ist. Menschen und Methoden, die für diese Veränderung vielleicht nötig waren, wurden und werden durch Menschen und Methoden ersetzt, mit denen das veränderte Gesellschaftssystem erfolgreich praktiziert werden soll. Soweit meine Begründung für die These: die DDR ist keine Zone mehr.

Seitdem es für die wachsende Zahl der politisch Urteilsfähigen drüben keine Hoffnung auf baldige Wiedervereinigung mehr gibt, empfindet diese wachsende Gruppe unseren Alleinvertretungs-Anspruch und unsere Politik, die Anerkennung der DDR durch dritte Staaten zu verhindern, als persönlich diskriminierend und als nicht nur gegen Ulbricht, sondern gegen sich selbst gerichtet. Bonns Haltung, zu menschlichen Beziehungen Ja zu sagen, aber zugleich ein hartes Nein zur Anerkennung der DDR durch dritte Staaten, kränkt also das Selbstbewußtsein der jungen und mittleren Generation drüben und stärkt damit indirekt sowohl das DDR-Staatsbewußtsein als auch das Auseinanderleben der beiden Teile Deutschlands.

Die Politiker der Großen Koalition sagen nahezu übereinstimmend, ein Verzicht auf die Alleinvertretung und eine Anerkennung der DDR als Realität würde die Spaltung Deutschlands verewigen. Eine wachsende Zahl von Publizisten und politischen Wissenschaftlern dagegen sagt, der Weg zum Zusammenwachsen der beiden deutschen Teilstaaten führe allein über die Anerkennung der DDR. Ich möchte dazu behaupten: Es ist zwar durchaus nicht sicher, daß eine Anerkennung der DDR zur Wiederannäherung der beiden Teile Deutschlands führt. Durchaus und absolut sicher dagegen ist die Tatsache, daß Alleinvertretungs-Anspruch und konsequente Ablehnung einer Anerkennung die Wiederannäherung der beiden Teilstaaten solange unmöglich machen wird, bis es auf Grund des Generationswechsels nichts mehr zu vereinigen gibt.

Es ist höchst fraglich, ob die Inselstadt Westberlin im Falle einer Anerkennung der DDR neue Funktionen als Stätte der Begegnung, des Handels - und des Meinungsaustauschs zwischen Ost- und Westeuropa finden kann. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß die Sowjetunion im Interesse eines funktionierenden status quo in Europa, zu dem ja auch Westberlin gehört, für die Inselstadt eine solche Rolle akzeptiert. Absolut ausgeschlossen dagegen ist die Chance einer neuen Aufgabe für Westberlin, solange weder der Berliner Senat noch die Bundesregierung bereit sind, sich mit der DDR auf gleichberechtigter zwischenstaatlicher Basis zu arrangieren. Ich persönlich halte es auf lange Sicht für unvermeidbar, daß Bonn sich im Interesse von zwei Millionen Westberlinern selbst dazu zwingt. Denn ich meine, daß es dies tun muß, weil es auf diese lange Sicht mit Hilfe der Druckmittel auf den Westberliner Verbindungswegen ohnehin zum Arrangement mit der DDR gezwungen werden kann. Doch dann wäre es für eine neue Rolle und Funktion Westberlins zu spät.

AUS DER DISKUSSION:

DR. SOMMER (Die Zeit): ... daß der Frieden in unserem Zeitalter der Gerechtigkeit mehr dient als die Gerechtigkeit dem Frieden, deswegen wurde der Aufstand vom Westen nicht beschützt, deswegen hat sich der Westen in Ungarn ruhig verhalten, hat er dem Bau der



Mauer zuschauen müssen. Ich würde nur hinzufügen, diese Lehre, die schon im Juni 53 sichtbar wurde, aus der haben wir keine Konsequenzen gezogen, bis Ende 1966, bis zur Bildung der Großen Koalition, insofern stimmt auch der letzte Teil der These: wir haben uns nach Osten hin selber geistig abgeriegelt und die faktische Abriegelung mit Betonplatten war nur das östliche Pendant dazu.

AUGSTEIN (Der Spiegel): Nur ein Satz dazu - daß die Teilung Deutschlands den Frieden nicht gefährdet, das mag zwar für die gegenwärtige Lage stimmen, aber wir täuschen uns, wenn wir glauben, daß das immer so sein muß. Jeder Konflikt, jeder große Konflikt, aus Ostasien, kann natürlich hier herüber schlagen und es könnte sich dann durchaus anhand der Berlinfrage etwa die Teilung Deutschlands zu einem kriegsgefährlichen neuen Tatbestand entwickeln. Das dürfen wir nie aus den Augen verlieren.

DR. SOMMER: Es hat sich natürlich einiges geändert, in den letzten anderthalb Jahren. Wir sagen heute DDR, und nicht nur "Zeit" und "Spiegel", sondern sogar Minister...

Zwischenruf AUGSTEIN: Herr Kohl (CDU-Vertreter in dieser Diskussion) sagt es nicht, er hat Zone gesagt und allerhöchste Kreise haben noch Schwierigkeiten damit.

DR. SOMMER: ... schön, die siedeln das zwischen Phänomen und Phantom an. Wir wollen nicht mehr isolieren. Wir haben den Alleinvertretungsanspruch zumindest verbal auf ein moralisches Minimum reduziert. Wir sind bereit, eine Politik der Verklammerung zu treiben, indem wir auf dem Gebiet des Interzonenhandels oder des infradeutschen Handels, was wohl der angemessenere Ausdruck ist, durch Swingerhöhung große Kredite hergeben usw. Also es hat sich etwas geändert. Ich würde sagen, es muß sich noch mehr ändern. Und wenn Herr Ehmke Gesamtdeutscher Minister wäre, statt Wehner, der nur ab und zu mal in Interviews etwas Unzusammenhängendes und nicht Zuendegedachtes aus sich herausbelfert, wäre ich sicher, daß sich noch manches ändern würde...

AUGSTEIN: Ich glaube, es hat sich was geändert. Minimales, wir blicken in der richtigen Richtung, aber wir haben uns derart sorgfältig gefesselt, daß wir in dieser richtigen Richtung keinen Schritt machen können, jedenfalls keinen nennenswerten Schritt. Die nennenswerten Schritte, die wir tun, tun wir so spät, daß wir die politischen Früchte davon in keinem Fall, aber in gar keinem Fall, keinem einzigen Fall, den Sie mir sagen können, ernten. Wir machen wieder das alte Spiel, indem wir trennen in Kommunisten, mit denen man angeblich nicht sprechen kann, und in Kommunisten, mit denen man angeblich sprechen kann. Die Kommunisten, mit denen man nicht sprechen kann, sind nun leider immer die, auf die es in erster Linie ankommt. Die, auf die es weniger ankommt, die reisen doch im Windschatten der anderen Kommunisten, die schaffen sich die wirtschaftlichen Vorteile, die wir zu bieten haben. Aber sie müssen sich doch darüber im klaren sein, daß kein kommunistisches Regime in Mittel- und Osteuropa es sich leisten könnte, das DDR-Regime fallen zu lassen. Das ist doch völlig ausgeschlossen. Also ist es wieder ein neues Wunschdenken, diese Differenzierung zu machen, die uns von unseren eigentlichen Problemen nur ablenkt, und wir können natürlich Hurra und Hossiana schreien, wenn es uns gelungen ist, einen Botschafter, den wir vor zwölf Jahren unsinigerweise abgezogen haben, nun wieder hinzuschicken.

PROF. DAHRENDORF (FDP): Ich bin mit Herrn Augstein der Meinung, daß sich einiges verändert hat, auch mit Herrn Ehmke - in den anderthalb Jahren, was die Richtung angeht, in die man blickt, es sind auch einige Vokabeln verschwunden. Ich würde sagen, daß in der These mehr vom Alleinvertretungsanspruch die Rede ist, als eigentlich gerechtfertigt ist, wenn man sich die offiziellen Äußerungen der letzten anderthalb Jahre ansieht. Dagegen ist die Anerkennungsfrage keineswegs gelöst, ebensowenig wie eine andere, darf ich das am Rande sagen, ich finde ja auch die Vokabel Wiedervereinigung falsch, und würde sagen, wir täten gut daran, auch von dieser Vokabel einmal abzugehen, einfach um uns klarzumachen, daß hier nicht zwei Staaten wiedervereinigt werden sollen, die in dieser Form schon einmal bestanden haben, sondern daß hier allenfalls zwei Staaten vereinigt werden sollen oder in größeren Zusammenhängen gemeinsam sein sollen, die in dieser Form zumindest in der Vergangenheit nicht bestanden haben. Nun aber zur Anerkennung: Ich bin der Meinung, daß auch die Anerkennungsfrage eine rein rationale Frage des politischen Kalküls ist. Wenn es uns gelingt, neue Möglichkeiten der Außen- und der Sicherungspolitik durch diese Anerkennung zu schaffen, dann würde ich in der Anerkennung durchaus einen möglichen Schritt der Bundesrepublik sehen. Ich halte

die Anerkennung der DDR als sogenannte Vorleistung, und ich liebe dieses Wort nicht, nicht für sonderlich rational, wenn ich das sagen darf. Ich finde, daß ein großer Unterschied besteht zwischen der Frage der Oder-Neiße-Grenze und der DDR in dieser Hinsicht, das heißt ich meine, daß die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie eine notwendige Voraussetzung dafür ist, daß wir überhaupt mit unserer Politik mit dem Rücken an der Wand aufhören und wieder zu einem bißchen Bewegungsfreiheit kommen. Dagegen würde ich die Frage der Anerkennung der DDR nun wirklich im unmittelbaren Zusammenhang sehen mit der Möglichkeit neuer sicherheitspolitischer und außenpolitischer Arrangements in Europa, die über die traditionellen nationalstaatlichen Überlegungen hinausgehend zu erreichen sind. In diesem Zusammenhang ist für mich die Anerkennung eine rein rationale Frage. Ich betone das noch einmal. Also wenn hier die Rede ist von konsequenter Ablehnung der Anerkennung oder etwas ähnlichem und damit gemeint sein soll, Ablehnung ohne Diskussion, dann halte ich das in der Tat für keinen Schritt in der Politik und ich würde auch nicht zögern, öffentlich zu sagen, daß die Möglichkeit der Anerkennung ein Stück des sicherheits- und außenpolitischen Kalküls der Bundesrepublik sein muß.

AUGSTEIN: ...aber ich möchte Herrn Groß widersprechen, die Wiedervereinigungschance, von der Herr Groß hier eben gesprochen hat, die bestand nach meiner Ansicht nie, es sei denn, man wollte einen Revanchekrieg führen, und daran haben in unsere Land wirklich nur ganz wenige Leute und auch nur zu ganz wenigen Zeitpunkten ernsthaft gedacht. Ich glaube, die Väter des Grundgesetzes haben sich damals schon in die Tasche gelogen, indem sie eine Entwicklung als möglich behaupteten, von der sie damals schon hätten wissen müssen, und im stillen Kämmerlein übrigens auch schon wußten, nach meinen Erfahrungen jedenfalls, daß sie so nicht kommen würde. Ich glaube, davon müssen wir ausgehen, und jetzt zur Frage der Anerkennung: Ich stimme weitgehend mit Prof. Dahrendorf überein, daß man, bei allem was man unternimmt, überlegen soll, wie kann ich es nutzbar machen für meine Politik, nur sehe ich den Ansatzpunkt hier nicht. Ich glaube nicht, daß wir sagen können, wir erkennen euch an, wenn ihr uns folgende Dinge bewilligt. Sondern ich glaube, wir müssen hier einen Prozeß in Gang setzen, dessen Verlauf wir überhaupt nicht bestimmen können, den wir nur in ganz vagen Umrissen sehen. Um ein Beispiel zu bringen: Vor einem Jahr hat doch wohl niemand von uns für möglich gehalten, das was jetzt in Prag geschehen ist. Solche Entwicklungen kann man nicht durch Konditionen erreichen, sondern nur, indem man ganz allgemein Verhältnisse sich zu schaffen bemüht, aus denen dann solche Personen, solche Sachverhalte, solche Bewegungen in der Politik möglich werden. So meine ich, was die DDR anlangt, müssen wir ohne den Machthabern der DDR Bedingungen zu stellen, müssen wir die Umwelt verwandeln durch unser Handeln, daß von selbst in der DDR neue Männer und neue Ideen platzgreifen. Das ist die einzige Chance, überhaupt zu irgendeinem Ergebnis zu kommen, und jetzt möchte ich allerdings unserem verehrten Diskussionsleiter insofern widersprechen: wenn es mit einem Generationswechsel getan wäre, dann könnten wir ja alle aufatmen, dann wäre es ja gut, dann könnten wir sagen, wir leben noch zwanzig oder dreißig Jahre und dann ist Feierabend, dann wird sich das Problem beruhigt haben. Das ist ja nicht der Fall. Dadurch, daß es Berlin gibt, sind wir dauernd, wenn die Frage nicht gelöst wird, auch in dreißig Jahren noch, in einer anomalen Situation, die durchaus Kriegsgefahren birgt und auch sonstige Unbequemlichkeiten birgt, die größer sind als die normalen Unbequemlichkeiten, die man im politischen Leben nunmal in Kauf nehmen muß. Wir sehen, von diesem Problem können wir uns überhaupt nicht entfernen, wir müssen damit leben, wir müssen versuchen, es zu lösen, der Weg, es zu lösen, ist klar, auch wenn er von der gegenwärtigen Regierung nicht gesehen - gesehen wohl, aber nicht gegangen - wird, nämlich, Beziehungen zu allen kommunistischen Regimen in Europa, möglichst gute Beziehungen, besonders zur Sowjetunion - und das ist nicht möglich ohne Anerkennung, ohne vorherige bedingungslose Anerkennung der DDR...

#### EXTRA-DISKUSSION

EXTRA-Dienst setzt die Diskussion heute mit zwei Beiträgen fort. Thomas Knauf beschäftigt sich mit Strategie und Taktik der Außerparlamentarischen Opposition. Der zweite Artikel, von Alfred Lindemann und Hermann von Rohde, setzt sich mit der Dis-

kussion in den antifaschistischen Verfolgten-Organisationen auseinander, die in diesen Wochen im Zusammenhang mit den Aktivitäten der APO entstanden ist:

#### THOMAS KNAUF: DIE DOPPELSTRATEGIE DER APO

Der aktuelle Stand unserer politischen Arbeit nach dem Kampf gegen die Legalisierung von staatlicher Willkür durch die Verabschiedung der Notstandsgesetze zeichnet sich durch das Ausbleiben eines qualitativen Sprunges bei der Vermittlung von theoretischer Analyse und praktisch-kritischer Tätigkeit aus. Erst diese neue Qualität vermag jedoch den entscheidenden Faktor innerhalb des Gesamtkomplexes der Emanzipation von gesellschaftlicher und staatlicher Repression zu erreichen: die unter den Bedingungen der ökonomischen Stagnation produzierenden lohnabhängigen Massen Westberlins. Es bleibt festzustellen: die Arbeiter sind heute objektiv die revolutionäre und, unabhängig von ihrem augenblicklichen Bewußtseinsstand, am Fortschritt des historischen Prozesses interessierte Klasse. Diese Feststellung gründet sich weniger auf eine dogmatische Auslegung der marxistischen Gesellschaftstheorie als auf die tatsächlichen sozialen Gegebenheiten. Wo diese Klasse auf Grund mangelnder Einsicht in ihre eigene Situation am gegenwärtigen Kampf nicht teilnimmt, und das heißt: in den hochindustrialisierten Ländern, haben die linke Intelligenz und immer weitere Kreise der studentischen Jugend einen Teil ihrer Funktionen übernommen.

In der augenblicklichen Phase sind vor allem folgende Aufgaben: Aufklärung durch Aktion, Politisierung und Mobilisierung derer, die für eine Umwälzung zu gewinnen wären (Nirumand).

Neuerdings tauchen jedoch Leute auf, die dies anscheinend nicht mehr wollen und stattdessen sich darin gefallen, der APO mit Wucht vor die Schienbeine zu treten. Sie sitzen in den Redaktionen von "Linkeck" und "Charlie kaputt". In "Linkeck" Nr. 4 kann man z. B. folgendes lesen: "Es zeugt von einem totalen politischen Unverständnis der jetzigen Situation, wenn auf Grund von Manipulationen von links eine Identität der APO mit der Arbeiterschaft suggeriert wird. Aufgrund einer bestimmten Theorie wird ebenso eine bestimmte Praxis konstruiert, die allerdings in krassem Widerspruch zu der wirklichen politischen Lage steht. Anstatt um die beschissenen Einladungen der SDS und APO sollten die Demonstranten sich wesentlich mehr um ihre subjektiven Interessen kümmern. Sie selbst sollen Mittelpunkt ihrer Aktionen sein, und nicht irgend ein aufgepropfter Proletkult. Sollen sich die Proleten um sich selbst bemühen. Denn diese momentan noch Minifaschisten sind es nicht wert, daß man sich für sie die Rübe einhauen läßt."

Hier wird ein falsches Bewußtsein manifest, das die objektive Identität der Interessen der Lohnabhängigen und der anti-autoritären Bewegung im Kampf gegen die Institutionen der staatlich-gesellschaftlichen Gewaltmaschinerie nicht mehr sieht. Die historisch richtige Beschränkung auf unsere "subjektiven Interessen", die Transformation der Universität zum Zentrum einer auf Befreiung gerichteten Wissenschaft darf nicht fetischisiert werden, muß in einem "langen Marsch durch die Institutionen" als praktisch-kritische Tätigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen ihre Entsprechung finden. Das Ziel muß die subversiv-kritische Vertiefung der Widersprüche sein, die durch den Akt der Übernahme der Produktionsmittel durch die Produzenten und die damit verbundene Aufhebung der Entfremdung ihre Auflösung finden. Die subjektiven Interessen des anti-autoritären Lagers der Studentenschaft gehen mit den objektiven Interessen der Lohnabhängigen einher, sind ein Moment der Gesamtbewegung. Indem wir uns danach richten, gelingt uns der qualitative Sprung bei der Vermittlung von Theorie und Praxis.

Wie muß die Praxis in der gegenwärtigen Phase aussehen? Die revolutionäre Dialektik der richtigen Übergänge muß die jetzt zu leistende Arbeit in der SPD und in den Gewerkschaften als konsequente Ausweitung und Fortsetzung der Tätigkeit in den Basisgruppen sehen, als Kontinuum ihrer Absichten und Intentionen begreifen. So bleibt die APO als Moment von Gegengesellschaft erhalten, ihr gelingt es, eine subversive Verwertung der Widersprüche in den bestehenden Institutionen durchzuführen, eine horizontale Kommunikation zwischen den verschiedenen Widerspruchsebenen der Gesellschaft (Dutschke), mit dem Ziel der Zerstörung und Aufweichung der etablierten Apparate. Indem wir massenhaft in die SPD eintreten, geben wir der Politik von Schütz, Neubauer und Sickert den Todesstoß. Deshalb brauchen wir nicht die irrationalen Denkschemata des Ristockflügels zu übernehmen. Nur mit dieser Doppelstrategie kann die APO wirklich effektiv werden.

A. LINDEMANN/H. VON ROHDE: ANTIFASCHISTISCHER WIDERSTANDSKREIS

Es geht ein Gespenst um in den Berliner Verfolgten-Verbänden, ein Gespenst, das schon über 100 Jahre in den Köpfen der Bürger spukt: Das Gespenst des Kommunismus, oder heute, das der linken Aktivisten. Angeblich sollen Dutzende von Briefen und Telefonaten beim Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN) eingegangen sein, die gegen die Aktivitäten der Linken protestieren und mit Austritt drohen oder Ausschluß fordern.

Was ist geschehen? Einige Verfolgte, die die Gefahr der Stunde erkannt haben, die den Faschismus aus eigenem Erleben kennen, haben entschieden gegen den Trott des stärksten Verbandes der Verfolgten, des BVN, Front gemacht. Sie erkannten, daß bei vernünftigen Kaffee- und Kuchen-Plaudereien kein antifaschistischer Kampf geführt werden kann. Durch eigene Aktionen bewiesen sie, daß es möglich ist, auch Außenstehende, vor allem junge Menschen, für eine antifaschistische Widerstandsfront zu gewinnen. Seit Jahren wurde versucht, die Verfolgtenverbände zu einigen, politische und persönliche Gegensätze verhinderten das. Der Faschismus aber hat seine Splittergruppen gesammelt und geeinigt, er fährt unter dem Mantel der Demokratie fort, seine Bastionen auszubauen. Diese akute Gefahr war Anlaß, die Gründung eines antifaschistischen Widerstandskreises vorzubereiten und zu propagieren.

Was soll der Antifa-Kreis sein, was ist seine Aufgabe, wie soll seine Zusammensetzung sein? 1. Der Widerstandskreis soll eine Zusammenfassung aller aktiven Widerstandskämpfer werden, die gemeinsam mit der aktiven, fortschrittlichen Jugend den antifaschistischen Widerstandskampf organisiert. 2. Er soll keinen Ersatz für die Verfolgtenverbände darstellen, er soll im Gegenteil den Verbänden helfen, ihre oft vergessene Aufgabe, gegen den alten und den neuen Faschismus zu kämpfen, besser erfüllen zu können. 3. Die einzige Bedingung für die Aufnahme in den Widerstandskreis ist die eines aktiven Kämpfers gegen den Faschismus. Zugehörigkeit zu einer Partei, zu einer Rasse, zu einem Glaubensbekenntnis, das Alter, oder die Jugend, kann kein Hindernis sein.

Es bleibt den Verfolgtenverbänden überlassen, kooperativ oder auch als Einzelperson dem Widerstandskreis beizutreten, vorausgesetzt, sie wollen aktiv mitarbeiten. Diese Vorschläge und Gedankengänge müssen diskutiert werden. Die Kameraden in den Verbänden mögen nicht die Sorge haben, daß wir spalten wollen. Wir wollen keine neue Organisation schaffen, wir wollen nur aufrütteln. Eine erste Aussprache über den Widerstandskreis findet am 3. Juli, 19.30 Uhr, im Republikanischen Club statt.

===== anzeige =====

PERFEKTE STENOTYPISTIN sucht Ferien-Nebenverdienst. Schreibmaschinen-Abschriften jeder Art, möglichst größere Texte. PROMPT UND SAUBER werden sie in der Zeit vom 1. bis 20. Juli 1968 zu mäßigem Preis erledigt. Anruf erbittet zu jeder Zeit: B. ROMBERG, Telefon 18 02 81 (Apparat 230)

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab . . . . . 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME: . . . . .

WOHNORT: ( ) . . . . .

STRASSE: . . . . .

DATUM: . . . . .      UNTERSCHRIFT: . . . . .